

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

425
Dritte Ausgabe

Wien, Mittwoch, den 22. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1926.

Fortsetzung der Beratungen des Voranschlages.

G.R. Weigl eröffnet um vier Uhr nachmittags die Sitzung. Als Generalredner kontra spricht Gemeinderat Kunschak, der ausführt:

Der Herr Bürgermeister hat in der Generaldebatte das Wort ergriffen um zunächst über die Zulässigkeit der parlamentarisch geführten Obstruktion zu sprechen. Das mußt zwar etwas sonderbar an, wenn man weiss, wie die Angehörigen der Partei des Herrn Bürgermeisters am anderen Orten obstruieren. Wir haben bisher immer auf den Standpunkt gestanden, dass es ein Recht der Mehrheit gibt, dass daneben allerdings auch ein Recht der Minderheit besteht. Dabei gibt es immer einen kleinen Unterschied zugunsten der Minderheit im Gemeinderat. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, den alten Grundsatz: Jeder Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Ich darf darauf verweisen, dass im Jahre 1919 als wir als Minderheit in diese Saal eingezogen sind und Ihnen zum ersten Mal als Mehrheitspartei gegenüberstanden, einen parlamentarisch noch viel feiner zäselierten Standpunkt eingenommen haben, als den der Herr Bürgermeister heute vertreten hat. Ich habe damals eine Erklärung abgegeben, die lautete: Die öffentliche Meinung bezeichnet uns als eine Oppositionspartei. Wir lehnen die uns zugedachte Rolle ab. Wir haben also schon damals die Bezeichnung Oppositionspartei abgelehnt. Wir wollten damals nicht Opposition sein, sondern eine Arbeitspartei, die dem Wohle der Stadt und ihrer Bewohner diene. Ob wir das auch sein werden können und bis zu welchem Grad und Zeitpunkt, das, so sagte ich damals, wird von Ihnen bestimmt werden. Zwei Dinge sind es, die zu fordern wir von Ihnen berechtigt und verpflichtet sind. Erstens objektive Beurteilung unserer Beweggründe und Handlungen und zweitens freie Meinungsäußerung nicht nur für uns hier im Gemeinderat, sondern auch draussen in den städtischen Ämtern und Betrieben für alle Angestellten und Arbeiter. Damals, im Jahre 1919, haben wir also schon den Standpunkt, den wir als Opposition hier einnehmen wollen, grundsätzlich klargelegt. Was wir verlangen ist eine ganz selbstverständliche Sache (sehr richtig bei den Christlichsozialen).

Seither sind sieben Jahre vergangen. Wir haben an unserem damals festgelegten Grundsatz auch festgehalten. Ich darf sagen, dass es mir als Obmann nicht leicht geworden ist, diesem Grundsatz festzuhalten. Erstens weil in der Öffentlichkeit aus diesem Verhalten der Opposition ganz unrichtige Schlüsse gezogen worden sind. Es war mir auch nicht leicht in der Bevölkerung das Verständnis für unsere Haltung zu finden. Dafür ist auch ein Beweis, dass fast einmütige Urteil über unser Verhalten in jener Presse, die nicht unsere Parteipresse ist, die aber jenen Kreis vertritt, der durch Ihre Gemeindepolitik schwer getroffen wird. Diese Presse hat uns erst kürzlich als Opposition bezeichnet, wie sie frömmere eine Majorität sich gar nicht wünschen könne. Das alles ist ein Beweis dafür, dass ich immer bestrebt war im Wiener Gemeinderat den tiefen Sinn der Demokratie vor Schändung zu bewahren. Ich habe dieser Aufgabe treu gedient. Sie tun heute überrascht, dass wir uns hier so verhalten. Aber Sie haben unsere Geduld nicht gewertet. Unser Verhalten wurde von Ihnen als Unfähigkeit, als Schwäche ausgelegt, was es natürlich nicht war (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen). Der Bürgermeister hat gemeint, dass es auch für die Opposition eine Verpflichtung gäbe, das Budgetrecht zu respektieren und den Voranschlag zu genehmigen. Ich darf mich auch da darauf berufen, dass ich zu einer Zeit als im Parlament das Budget beraten wurde, ich in offener Sitzung mich dagegen gewendet habe, das Budget und seine Genehmigung zu einer parteiegoistischen Spekulation zu machen. Ich sagte damals, das Budget sei eine Sache die man nicht als eine Vertrauenssache zur Mehrheitspartei betrachten könne, die

Antwort war aber, dass Ihre Parteipresse das als eine kindliche Auffassung hingestellt hat. Ich habe im Jahre 1919 im Gemeinderat bei der Beratung des Voranschlages gleichfalls erklärt, dass wir die Votierung nicht als Vertrauen oder Misstrauen gegenüber der herrschenden Partei betrachten, sondern wir haben damals nur dem Kapitel über die Bezüge der freigewählten Vertreter die Zustimmung verweigert. Wir sind also 1919 so weit gegangen, nur gegen diese Post zu stimmen und es wurde damals der Voranschlag mit den Stimmen der Opposition angenommen. Auch das ist vielfach missverstanden worden. Freilich das hat sich ein zweites Mal nicht mehr wiederholt, den es hat sich gezeigt, dass dieser Standpunkt nicht nur in der Bevölkerung, sondern am allerwenigsten bei Ihnen verstanden worden ist (Zahlreiche Rufe: Sehr richtig!) Aber wir haben in der Folge der Verabschiedung der Voranschläge keine Schwierigkeiten bereitet. Der Bund musste sich infolge des Verhaltens der Opposition vielfach mit Budgetprovisorien behelfen, Sie aber haben immer noch vor Weihnachten Ihren Voranschlag unter Dach und Fach bringen können. Auch das ist uns vielfach als Bequemlichkeit gedeutet worden. Man hat gesagt, die Christlichsozialen wollen am heiligen Abend zu Hause sein, ihren Christbaum haben, bei ihrem Punsch sein, den Guggelhupf haben und es ist selbstverständlich, dass sie da keine Schwierigkeiten machen werden. Aber schon im Vorjahr haben Sie uns gedroht, als es mir nicht gleich gelungen ist unsere Redner abzuschlachten, dass auch am Christtag eine Gemeinderatssitzung abgehalten werden würde. Diese Drohung hat nicht die geringste Wirkung ausgeübt. Wir haben Ihnen auch diesmal bei der Behandlung des Voranschlages einen Beweis unserer Loyalität erbracht. Sie sind mit dem Budget nicht zeitgerecht nach dem Sinne der Verfassung in den Finanzausschuss gekommen. Wir hätten sagen können, dass wir uns mit Ihnen deswegen nicht an den Beratungstisch setzen werden. Wir haben uns daran nicht gestossen. Sie haben uns den Rechnungsabschluss sehr spät vorgelegt. Wir haben dagegen Beschwerde eingelegt, aber Ihnen keine Schwierigkeiten gemacht. Wir haben unsere verfassungsmässigen Rechte nicht einmal klar zum Ausdruck gebracht. Sie haben bei diesem Voranschlag sich noch etwas anderes zuschulden kommen lassen. Nach der Verfassung muss der Voranschlagsentwurf vom Finanzausschuss erledigt werden und dann durch acht Tage zur allgemeinen Einsicht aufgelegt sein. Sie haben das nicht eingehalten, sondern den vom Magistrat aus bearbeitenden Entwurf zur Einsicht vorgelegt. Gleich am nächsten Tag nach der Genehmigung durch den Finanzausschuss, hat der Stadtsenat mit dem Voranschlag sich beschäftigt. Wir haben diesen Formfehler nicht einmal zitiert. Aber Sie sind sich diese Tatsache eigentlich nur dadurch bewusst geworden, dass Sie uns als Opposition entweder zu feig oder zu dumm angesehen haben, sich rühren zu können. Man kann, so sagen Sie, mit dieser Opposition machen was man will. Das wir uns so loyal verhalten, weil wir ohne zwingenden Grund die Verwaltung der Gemeinde nicht stören wollen, das ist Ihnen vollständig fremd, dafür haben Sie kein Verständnis.

Weil Ihnen dafür das Verständnis mangelt, sind Sie jetzt überrascht und spekulieren auf alles mögliche. Es wird gesagt, der Radikalismus habe im christlichsozialen Gemeinderatsklub einen Vorstoss unternommen und über den Obmann gesiegt. Das ist natürlich unzutreffend. Aus dieser Sache ist keine Differenz zwischen dem Klubobmann und den Mitgliedern entstanden, sondern wenn solche Differenzen bestanden haben, sind sie jetzt einer vollen Geschlossenheit des Klubs gewichen (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

In diesen sieben Jahren Verwaltung hat die Minderheit viel unerfreuliche Dinge erlebt. Jahr für Jahr erhebt sie gelegentlich der Budgetdebatte die Forderung den christlichsozialen Gemeinderatsklub entsprechende Räume im Rathaus zu geben, in denen der Klub während der Gemeinderatssitzung nötigenfalls ad hoc beraten und Beschlüsse fassen könnte. Wir haben darauf verwiesen, dass es nirgends einen Landtag gibt, in welchen nicht alle Landtagsparteien ihre Klubräume hätten. Selbst in dem kleinen Vorarlberg musste ein eigenes Haus gebaut werden, um den Wünschen der Oppositionsparteien gerecht werden zu können. Die winzige sozialdemokratische Fraktion erhielt dort schön ausgestattete Klubräume. Vergeblich habe ich auf diesen Zustand verwiesen, es ist nichts geschehen. Kürzlich suchte mich ein auswärtiger Stadtrat auf und ich konnte ihm nicht einmal einen Stuhl anbieten, geschweige denn, ihn in ein Zimmer führen, wo wir ruhig hätten sprechen können. Der Stadtrat fragte mich erstaunt, ob wir denn nicht einmal ein Zimmer haben und ich musste ihm erwidern, dass es so etwas im Wiener Rathaus nicht gibt.

Bürgermeister Seitz: Es hat es nie gegeben.

Stadtrat Kunschak: Das ist richtig, aber es war auch nie die Gemeinde Wien von dieser politisch überragenden Bedeutung wie heute. Als Gemeinde war sie einst dem kaiserlichen Statthalter unterstellt und dem Landtag von Niederösterreich trotz des grossen Lueger. Heute sind wir eine eigene Landesvertretung. Dafür hat man aber kein Verständnis.

Bürgermeister Seitz: Ich kann doch das Rathaus nicht erweitern?

StR. Kunschak: Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Ich werde gewiss nicht persönlich werden, aber als Sie Bürgermeister geworden sind, haben Sie gefunden, dass mit den Amtsräumen, in denen ein Felder, ein Pix, ein Lueger amtierten, Sie nicht amtierbar können. Mit grossen Kosten wurden zwei Räume adaptiert.

Bürgermeister Seitz: Weil ich mein Präsidialbüro hinübergenommen habe.

StR. Kunschak: Soll man sich darüber erst auseinandersetzen? Sie haben ein Stück des Festsaales abgeschnitten und Büros eingerichtet, die Sache hat sehr viel Geld gekostet. Auf die Dauer werden wir uns diesen Zustand nicht gefallen lassen. Unsere zweite Forderung, die wir immer wieder erheben, nämlich die stenografischen Protokolle des Gemeinderates wieder in Druck legen zu lassen, ist gleichfalls unbeachtet geblieben. Jahr für Jahr müssen wir dieselbe Begründung hören, dass die Drucklegung zu viel Geld kosten würde, dass die Druckrechnungen der Gemeinde ohnehin erschreckend hoch seien. Aber Sie lassen über manchen Schwamm eigene Werke drucken, über das Amalienbad und über die neuen Wohnhausbauten, da werden unzählige Bücher hergestellt. Ich bewundere Ihre Geschicklichkeit der Auswertung dessen, was Sie in der Gemeinde Grosses und Kleines schaffen, ich bedaure nur, dass Lueger diesen Sinn nicht hatte. Da musste etwas Überragendes geschaffen werden, bevor man sich entschloss eine Festschrift herauszugeben. Für die stenografischen Protokolle haben Sie kein Geld, weil Sie sich sagen, wir reden eh nix und die oppositionellen Reden wollen wir nicht drucken lassen. Wien ist die einzige Stadtgemeinde und der einzige Landtag im Oesterreich, der keine gedruckten stenografischen Protokolle hat. Das ist ein für die Gemeinde unwürdiger Zustand.

In der Frage der Personalpolitik haben wir immer wieder unsere Beschwerden vorgebracht, und immer wieder vergebens. Redner bringt einige Beispiele. Da ist ein Beamter, der aus "Dienstesrücksichten" von Speising nach Simmering versetzt wurde, man hat diesen äusserst tüchtigen und befähigten Beamten solange gequält, bis der Mann in seiner Erbitterung die ihm zugemessene Remuneration mit der Begründung ablehnte: Aus der Hand einer solchen Gemeinde nehme ich keine Belohnung. Da kann man wohl das Wort anwenden, sie haben den Armen schuldig werden und spotten dann sei-

ner Pein. Auf anderen Gebieten machten wir ähnliche Erfahrungen. Ein allseits tüchtiger, pflichtbewusster Beamter wurde immer wieder präteriert, wir haben uns seiner immer wieder angenommen, aber jetzt ist er endgültig erledigt worden. Und als er in die Angestelltenbewegung eintrat, sagte man dann, dass man doch einem Beamten nicht befördern könne, der den Bürgermeister angreift. Kein Wunder, wenn ein Beamter, der sieht, dass ehrlich erworbene Qualifikation gar nichts nützt, alles hinwirft und zu einem entschiedenen Gegner derjenigen wird, die ihn malträtieren, dass der Respekt für die Disziplin dann zum Teufel geht. Je ärger Sie es treiben, desto mehr schwenken die Beamten aus Ihrem Lager zu uns herüber. Das System der Unaufrichtigkeit, das sich über alle Grundsätze hinwegsetzt, das System der Streberei haben Sie selbst gezüchtet, anstatt nach demokratischen Grundsätzen zu verfahren. Unsere Mahnungen und Bitten haben nichts genützt. Bei den Kollektivverträgen werden immer wieder Bestimmungen aufgenommen, wonach ausserhalb der Gemeinde stehende Organe über die Aufnahme des Personals zu entscheiden haben. Den Organisationen Ihrer Partei wird dadurch ein Arbeitsmonopol in die Hand gegeben, dass Sie zu parteipolitischen Zwecken rücksichtslos gebrauchen. Die städtische Arbeits- und Dienstvermittlung existiert für die Gemeinde und ihre Betriebe selbst nicht. Sie ignorieren auch den paritätischen Arbeitsnachweis, weil die Arbeitszuweisungen durch die Kollektivverträge geregelt erscheinen.

Ich muss Ihnen hier ein Geständnis machen. Der Antrag des christlichsozialen Gemeinderatsklubs wurde nur zum Teil in einer so hypothetischen Form überreicht. Ich habe gesagt, man darf die Mehrheit nicht in eine Situation bringen, die sie als Partei nicht verantworten kann. Was wir verlangt haben, ist aber durchaus nicht unmöglich durchzuführen. Zweihundert Milliarden Steuernachlässe können nicht entscheidend für den Voranschlag sein. Sie werden auf den präliminierten Abgang von 67 Millionen Schilling verweisen. Aber damit werden Sie die Öffentlichkeit und auch uns nicht schrecken. Wir haben nun bereits eine siebenjährige Erfahrung. Noch bei jedem Voranschlag wurde ein Defizit errechnet. Im Jahre 1925 waren es 590 Milliarden; jetzt liegt der Rechnungsabschluss vor und es ergibt sich ein Ueberschuss von 560 Milliarden. Das ist der rechnungsmässige, aus der frisierten Bilanz ausgewiesene Reingewinn. Wenn man den Rechnungsabschluss zerlegt, dann findet man noch viele Reserven. Daher kann man bezüglich Ihres Defizites nur sagen: die Botschaft hört sich wohl, doch es fehlt der Glaube. Wir sind nicht in einer Kinderstube, da uns Herr Stadtrat Breitner mit dem Rauchfangkehrer schrecken kann. Herr Breitner führt die Stadtverwaltung nicht um ein Defizit, sondern um ein Reingewinn zu erzielen.

Dazu kommt noch die Art, wie hier die Steuergesetze gemacht werden. Heute wurde das neue Gesetz über die Lustbarkeitssteuer vorgelegt. Da muss man sich durch ein ganzes Labyrinth von Gesetzen durcharbeiten, um endlich zu erfahren, wie hoch die Abgabe ist. Dann wimmelt es von "kann" und "wir" und alles hängt vom freien Ermessen der Organe des Magistrats ab. Sie haben im Vorjahr die Fremdenzimmerabgabe und die Lustbarkeitsabgabe ermässigt. Das Ergebnis war ein viel höherer Ertrag als früher. Das ist natürlich sehr einfach, wenn man den Apparat spielen lässt. Genau so ist es auch bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Kein Mensch weiss auf Grund des Gesetzes, was er zu zahlen hat, überall entscheidet das freie Ermessen. Wir haben gebeten, dass man auch da Ordnung macht und dass sich auch der Steuerträger ausrechnen kann, was er zu zahlen hat. Aber das nützt alles nichts. Es bleibt beim System. Da muss man sagen, dass der beste Wille sich in fruchtlosen Bemühungen erschöpft. Wenn auf der Seite der Mehrheit gar kein Empfinden für die Opposition vorhanden ist, dann darf es Sie nicht wundern, wenn Sie das hier in den letzten Tagen erlebt haben.

Wir haben auch eine andere Frage angeschnitten. Die Frage nach der Verpflichtung der Gemeinde Wien auf dem Gebiet des Wohnwesens. Der Bürgermeister erklärt, dass der Mieterschutz bestehen bleiben soll. Es ist richtig, dass solange der Mieterschutz in dieser allgemeinen Form besteht,

und dadurch jede allgemeine Bautätigkeit unmöglich ist, und dass solange ihr Verschulden der derzeitige Zustand aufrecht bleibt, es selbstverständlich ist, dass die Gemeinde für das Wohnbedürfnis zu sorgen hat. Man kann aber diese Frage auch in ihre einzelnen Details zerlegen. Der Mieterschutz ist durch ein Gesetz geschaffen worden und kann durch ein Gesetz wieder geändert werden. Er ist heute zu einer schweren Selbsttäuschung geworden, die bereits den Charakter des Selbstbetruges annimmt.

Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit der Mietzinsfrage und bemerkt im Stadtsenat sei angenommen worden, dass heute der tausendfache Mietzins durchschnittlich gelte. Nun wurde auf Grund des Index ein dreihundertfünfzigfacher Instandhaltungszins errechnet. Also wir zahlen das Mehr aus der eigenen Tasche. Wenn man unter solchen Umständen noch vom Mieterschutz redet, ist das nichts als eine Selbsttäuschung, ein Betrug an den Mietern. Hält man sich aber nicht an die Durchschnittsrechnung, sondern an die Tatsachen, dann findet man, dass beispielsweise ein Beamter mit hohen Bezügen der in einem gut erhaltenen Hause wohnt nur den hundertfünfzigfachen Friedenszins bezahlt, während ein schlecht bezahlter Beamter, der in einem alten Hause wohnt, für einen weit höheren Instandhaltungszins aufkommen muss etwa für den 3500fachen. Das ist eine unhaltbare Situation und es wird nichts anderes übrig bleiben, als den Mietzins wieder generell wieder herzustellen. Es ist nicht wahr, was die Sozialdemokraten behaupten, dass eine private Bautätigkeit nicht möglich wäre. Gibt es doch heute noch eine gemeinnützige Wohnbautätigkeit und wenn sich Arbeiter selbst villenartige Häuschen errichten können, so bestätigt das unsere Anschauung von der Möglichkeit einer privaten Bautätigkeit. Allerdings unterstützen die Sozialdemokraten heute die Siedlerbewegung nur insoweit, als sich die Erbauer verpflichten müssen, ihr Eigentum nach 30 Jahren in das Eigentum der Gemeinde zu übergeben. Diese Verpflichtung bildet keinen Anreiz, denn der einfache Mann denkt sich: Das eigene Haus soll das Erbgut für meine Kinder sein. Die Gemeinde braucht ihre Verpflichtung zu bauen durchaus nicht aufgeben, aber sie muss den Weg der Anleihe beschreiten. Das Vertrauen des Auslandes für die Stadt Wien wird kommen, wenn es erkennt, dass der gesunde Sinn der Wiener Bevölkerung die Spielerei mit der Diktatur ablehnt. Es braucht vom Willen zur Tat nur ein Schritt getan werden. Die Mieter sind heute mit der Wohnbausteuer belastet. Man nehme diese Wohnbausteuer für die Verzinsung und Amortisation anleihe und man werde die Summe in einem weit über das Mass des gegenwärtigen Wohnbauprogrammes hinausgehenden Umfang haben. Es ist also nicht richtig, wie der Bürgermeister argumentiert, dass aus der Verpflichtung zu bauen, für die Wahrheit sich die Finanzpolitik ergibt, die sie heute betreibt. Es ist der Stellung des Bürgermeisters gar nicht zuträglich, wenn er der Minderheit sagt: Wenn dieses Budget nicht rechtzeitig bewilligt wird, wird nach dem 1. Jänner ein Kranker im Gemeindepital keine Injektion mehr bekommen können und die Verantwortung hierfür werde die Minderheit tragen. Solche Argumente sollte ein Mann von der Bedeutung des Wiener Bürgermeisters und des Führers der grossen Wiener sozialdemokratischen Partei nicht vorbringen. Er weiss selbst, dass es nicht ernst zu nehmen ist. Deswegen muss ich diese Argumentation ganz entschieden zurückweisen.

Es ist gewiss kein wünschenswerter Zustand, dass eine Verwaltungskörperschaft in einem bestimmten Zeitpunkte ausserhalb des Gesetzes steht. Aber dieser Grundsatz gilt doch nicht für uns allein, er gilt doch vor allem für die Majorität. Sie muss es versuchen den verrazmalten Weg wieder freizulegen. Wir haben nicht den Ehrgeiz, die Gemeindeverwaltung in einen Exleuzustand zu versetzen. Allerdings haben wir auch nicht den Willen, auf unsere Kosten und der der Bevölkerung diesen Zustand zu verhüten.

dern (Lebhafter Beifall bei der Minorität). Wir besitzen Loyalität, Vertrauen, die Hoffnung, aber keinen selbstmörderischen und selbstschändenden Gedanken.

Redner verweist auf die unter Bürgermeister Reumann bestandene Übung, mit der Opposition über den Arbeitsplan zu beraten, während unter dem jetzigen Regime die Opposition gänzlich übergangen wird. Das ist ein Vorgehen, dass sich die Minderheit nicht gefallen lassen kann, auf das es nur eine Antwort gibt: Kaufen Sie sich Knigges Umgang mit Menschen und studieren Sie darin. Im Nationalrat würden in langwierigen Verhandlungen zwischen den Parteien der sozialdemokratischen Opposition bei Beratung wichtiger Angelegenheiten entsprechende Konzessionen gemacht. Und aus dieser Schule kommt der Bürgermeister in den Gemeinderat, als ob er vom Himmel käme und wir vom Mond heruntergefallen wären.

Im Nationalrat sind gegenwärtig Gegenstände von einschneidender Bedeutung anhängig. Die Alters- und Invaliditätsversicherung. Dr. Bauer hat ausgesprochen, das Parlament geht nicht Haus, bevor nicht das Gesetz erledigt ist. Das hat Dr. Seppel auch in seine Regierungserklärung aufgenommen. Wir haben uns auf dieser Plattform gefunden. Aber nicht nur in der Parole, sondern auch in der Arbeit. Die Opposition hat in Parteiverhandlungen gewisse Wünsche vorgebracht. Wir haben uns einvernehmlich mit der Opposition bemüht, den Ausschuss mobil zu machen. Innerhalb weniger Wochen ist jetzt das Abstellungsgesetz erledigt worden. Es ist ein Weihnachtsgeschenk, das wirkliche parlamentarische Grundsätze gegeben haben. Wir haben das Problem der Krankenkassenorganisation gelöst. Die Regierung hat viel Wasser in ihren Wein gegossen, aber auch die Opposition könnte nicht alles erreichen. Eine Einigung wurde daher erzielt.

Wir bleiben auf der Plattform, natürlich bedingt. Wenn Sie glauben, dass Neuwahlen notwendig sind, ohne die Alters- und Invaliditätsversicherung zu erledigen, so ist das Ihre Sache. Sie müssen sagen, dass Ihr parteipolitisches Interesse grösser als das für die Arbeiterschaft. Wir werden Sie nicht hindern. Wenn Sie glauben, dass der Nationalrat aufgelöst werden soll, so bitte ich um den Antrag. Um die Erledigung braucht Ihnen nicht bange zu sein.

Sie haben an uns den Appell gerichtet, an der rechtzeitigen Erledigung des Budgets mitzuarbeiten. Ich erkläre Ihnen folgendes: Die Entscheidung liegt bei Ihnen, bei uns nur die Konsequenz. Entscheiden Sie, wir werden Ihre Entscheidung prüfen und danach unsere Konsequenz einrichten. (Stürmische Hochrufe auf Kunschak und langanhaltender Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Schorsch als Vorsitzender erklärt, die Gemeinderäte Ellend, Zimmerl und Kollegen haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie fordern, dass die Vorauszahlungen für Gas und Strom vom Jahre 1921 und 1922 für das Jahr 1926 mit achteinhalb Prozent Zinsen verrechnet, die Zinsen einem Sammelkonto gutgeschrieben und anfangs Jänner 1927 an die städtische Hauptkassa abgeführt werden. Dieses Zinsenertragnis ist als Kleinrentnerfonds zu führen und soll zur Unterstützung von verarmten Besitzern städtischer Anleihen verwendet werden. Die als Vorauszahlung gutgeschriebenen Beträge sind anfangs Jänner 1927 den Bezugsberechtigten zurückzustellen.

G.R. Ellend (chr. soz.) begründet kurz die Dringlichkeit, die von den Sozialdemokraten abgelehnt wird.

Lebhafte Rufe bei den Christlichsozialen: Das sind die Kleinrentnerschützer! Wo ist Dr. Zelman?

G.R. Schorsch schliesst dann die Sitzung. Morgen um 10 Uhr vormittag wird der Wiener Landtag die Novellierungen der bereits mitgeteilten Steuergesetze verhandeln. An diese Sitzung wird sich die Schlussrede des Stadtrates Breitner über die Gensaldebate des Voranschlags anschliessen.

22/12

[Handwritten signature]